



Detailansicht des Registereintrags

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Stand vom 27.06.2024 17:31:28 bis 30.06.2025 14:19:29

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001215
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	27.06.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Röpkestraße 12 30173 Hannover Deutschland Telefonnummer: +4951198246030 E-Mail-Adressen: nds@nds-fluerat.org kw@nds-fluerat.org Webseiten: www.nds-fluerat.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen,
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

0,30

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Claire Deery**
Funktion: 1. Vorstandsvorsitzende
2. **Dündar Kelloglu**
Funktion: 2. Vorsitzender und Kassierer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (14):

1. **Weber Kai**
2. **Sigmar Walbrecht**
3. **Karim Alwasiti**
4. **Annika Hesselmann**
5. **Zahra Lessan**
6. **Maryam Mohammadi**
7. **Caroline Mohrs**
8. **Simon Wittekindt**
9. **Muzaffer Öztürkyilmaz**
10. **Friederike Vorwergk**
11. **Norbert Grehl-Schmitt**
12. **Anke Eglomassé**
13. **Claire Deery**
14. **Dündar Kelloglu**

Gesamtzahl der Mitglieder:

501 Mitglieder am 15.06.2024, davon:

423 natürliche Personen

78 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e. V. - NTFN e.V. - ntnf.de
2. Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e. V. - BumF e.V. - b-umf.de
3. Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants- PICUM - picum.org
4. United for Intercultural Action - www.unitedfia.org

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ist eine unabhängige, landesweit tätige Menschenrechtsorganisation. Wir engagieren uns für eine von Offenheit und Humanität geprägte Flüchtlingspolitik und werben für ein Europa der Menschenrechte, des Flüchtlingsschutzes und der Solidarität.

Entstanden ist der Verein Mitte der 1980er Jahre als ein Zusammenschluss niedersächsischer Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, um gemeinsam für den Schutz und eine menschenwürdige Lebensperspektive von Flüchtlingen und Migrant_innen mit prekärem Aufenthaltsrecht einzutreten.

Wir sind davon überzeugt, dass sich die demokratischen Werte eines Landes gerade auch in seinem Umgang mit Geflüchteten zeigen. Daher unterstützen wir alle Flüchtlinge unabhängig von ihrem Status und kämpfen gemeinsam mit ihnen für ihre Rechtsansprüche, die sich aus dem deutschen und internationalen Flüchtlings- und Völkerrecht ergeben.

Die Geschäftsstelle des Vereins ist seit dem Frühjahr 2016 in Hannover angesiedelt. Über unser breites Netzwerk sind wir zugleich in ganz Niedersachsen aktiv.

Wir nehmen Stellung zu Entwicklungen auf Landesebene, in den Regionen und Kommunen und haben zugleich die bundesdeutsche und europäische Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik im Blick. Auf Bundesebene sind wir gemeinsam mit Mitarbeiter_innen von Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Menschenrechtsorganisationen und den Flüchtlingsräten in anderen Bundesländern in der Bundesarbeitsgemeinschaft ProAsyl organisiert.

Konkrete Regelungsvorhaben (15)

1. Abschiebungsstopp Afghanistan

Beschreibung:

Afghanische Staatsangehörige sollen nicht nach Afghanistan abgeschoben werden

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

2. Abschiebungsstopp Syrien

Beschreibung:

Syrische Staatsangehörige sollen nicht nach Syrien abgeschoben werden

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

3. Abschiebungsstopp für irakische Jesid:innen

Beschreibung:

Irakische Staatsangehörige mit jesidischer Volkszugehörigkeit sollen nicht in den Irak abgeschoben werden

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

4. Abschaffung bzw. Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes

Beschreibung:

Das Asylbewerberleistungsgesetz soll abgeschafft werden. Auch Personen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung sollen im Bedarfsfall Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch und nicht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Das Asylbewerberleistungsgesetz soll zumindest reformiert werden. Die Bezahlkarte soll abgeschafft bzw. diskriminierungsfrei ausgestaltet werden. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sollten maximal 15 Monate gezahlt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

5. Aufhebung von Beschäftigungsverboten für Menschen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung

Beschreibung:

Die Arbeitsverbote für Menschen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung sollen ausnahmslos aufgehoben werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

6. Erleichterung und Ausweitung des Familiennachzugs

Beschreibung:

Personen, die den subsidiären Schutz erhalten haben, sollen im Hinblick auf den Familiennachzug gleichgestellt werden mit Personen, die eine Asylanerkennung nach dem Grundgesetz bzw. eine Flüchtlingsanerkennung nach der GFK haben.

Auch minderjährige Geschwister von Personen, die in Deutschland eine Asyl- bzw. GFK-Anerkennung erhalten haben oder als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt sind, sollen gemeinsam mit ihren Eltern zu ihren minderjährigen Geschwistern nachziehen dürfen.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

7. Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Beschreibung:

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht soll umfassend modernisiert werden. Alle Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, sollten sich unbürokratisch einbürgern lassen können. Das ius soli soll Einzug in das Staatsangehörigkeitsrecht finden.

Betroffenes geltendes Recht:

RuStAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

8. Umsetzung des Gemeinsames Europäisches Asylsystem

Beschreibung:

Nach Inkrafttreten der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hat die Bundesregierung zwei Jahr Zeit, diese in Deutschland umzusetzen. Hierbei muss eine menschenrechtskonforme Umsetzung gewährleistet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

9. Keine Auslagerung von Asylverfahren

Beschreibung:

Die Bundesregierung prüft, ob der Schutzstatus von Asylsuchenden im Einklang mit der GFK und der EMRK außerhalb der EU festgestellt werden kann. Hiergegen gibt es zahlreiche rechtliche und praktische Bedenken, insbesondere führen solche Modelle regelmäßig zu

Menschenrechtsverletzungen. Deshalb soll die Auslagerung von Asylverfahren verhindert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270216 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. Beendigung des EU-Türkei-Abkommens

Beschreibung:

Im Gegenzug für die Zahlung von Milliarden durch die EU verpflichtet sich die Türkei, Fluchtrouten abzuriegeln und Flüchtlinge, die es dennoch nach Griechenland schaffen, wieder aufzunehmen. Dieses Abkommen soll beendet werden.

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

11. Evakuierung verletzter Kriegsoffer aus dem Gaza-Streifen.

Beschreibung:

Menschen aus dem Gazastreifen, die körperlich oder seelisch im Rahmen der Kampfhandlungen verletzt wurden, sollen in Deutschland Aufnahme finden.

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

12. Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure insbesondere aus Russland, Belarus und der Ukraine

Beschreibung:

Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine sollen ausnahmslos Asyl in Deutschland erhalten.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

13. Kindergrundsicherung auch für Asylsuchende und Menschen mit Duldung

Beschreibung:

Die Kindergrundsicherung soll auch auf Kinder erstreckt werden, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/9092 \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: [BMFSFJ \(20. WP\) \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

14. Einführung einer Adressermittlungspflicht des BAMF / Adressmitteilungspflicht von Landes- und Kommunalbehörden

Beschreibung:

Sofern Empfänger von Bescheiden nicht unter der beim BAMF hinterlegten Adresse erreichbar sind, soll das BAMF verpflichtet werden, eine Adressermittlung vorzunehmen, bevor es sich auf die Zustellungsfiktion berufen kann. Außerdem sollen die einschlägigen Landes- und Kommunalbehörden verpflichtet werden, dem BAMF jeden Adresswechsel von Amtswegen mitzuteilen.

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#); [VwZG 2005 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

15. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Beschreibung:

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz soll grundlegend reformiert werden. Folgende elf Punkte sollen dabei erreicht werden

Anwendungsbereich auf öffentliche Stellen ausweiten

Rechtsdurchsetzung stärken u.a. durch Einführung einer Verbandsklage

Diskriminierungsschutzes für alle Diskriminierungskategorien vereinheitlichen

Diskriminierungskategorien erweitern

Diskriminierungsformen erweitern

Geltendmachungsfrist anheben

Beweislasterleichterung erweitern

Entschädigungen abschreckend gestalten

Arbeitgebende stärker in die Pflicht nehmen

Kirchenprivileg an europäische Vorgaben anpassen
Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (8):

1. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AMBA + Aufnahmemanagement und Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen" im Rahmen des Asyl-, Integration und Migrationsfonds der Europäischen Union.

2. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AZG – Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete" im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus)

3. Land Niedersachsen

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Stellenförderung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Migrationsberatung in Niedersachsen" (Richtlinie Migrationsberatung)

4. Land Niedersachsen

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Institutionelle Förderung für den Betrieb der Geschäftsstelle und die Verbandsarbeit des Flüchtlingsrates im Rahmen der Landeshaushaltsordnung (LhIO) und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

5. Land Niedersachsen

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AMBA + Aufnahmemanagement und Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen" im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Teilhabe von zugewanderten Menschen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Richtlinie Teilhabe und Zusammenhalt) des Landes Niedersachsen.

6. Land Niedersachsen

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Planckstraße 2, 30169 Hannover

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Förderung des Projekts "Wege ins Bleiberecht 2 - WIB 2" im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die allgemeine Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben und für außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich"

7. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Betrag: 280.001 bis 290.000 Euro

Förderung des Netzwerkprojekts "AZG – Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete" im Rahmen des ESF- Plus Programms „WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt"

8. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung nach § 12a AsylG

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Landungsbrücken-Uetze e.V.

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Erhalt des verbliebenen Vereinsvermögens im Rahmen der Auflösung des Vereins
Landungsbrücken-Uetze e.V.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Bilanz-GuV_2023_gestempelt.pdf](#)